Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 4

Artikel: Auch in Österreich : Sozialdemokratie und neue soziale Bewegungen : Partner und nicht Gegner!

Autor: Pelinka, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339987

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Als Fazit für dieses Buch aber lässt sich sagen, dass hier neben dem Schwerpunkt, die Bedeutung eines informellen oder autonomen Sektors für die Entwicklung industrieller Gesellschaften auszuloten, etliche weiterführende Gedanken formuliert werden, die der Diskussion um grundsätzliche und unkonventionelle (revolutionäre-evolutionäre) Lösungen der sich häufenden Probleme der Arbeitsgesellschaften weiterhelfen könnten.

* Benseler/Heinze/Klönne (Hg.): «Zukunft der Arbeit», VSA-Verlag, Hamburg 1982, 206 Seiten.

Auch in Österreich: Sozialdemokratie und neue soziale Bewegungen

Partner und nicht Gegner!

Von Peter Pelinka, Redaktor an der «Arbeiter-Zeitung» in Wien

Nachfolgender Text ist der Vorabdruck eines von Peter Pelinka gemeinsam mit Renate Marschalek im Verlag «Jugend und Volk» herausgegebenen Sammelbandes mit dem Titel «Rot-Grüner Anstoss». In 21 Beiträgen wird das Verhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie, zwischen Sozialdemokratie und neuen sozialen Bewegungen und zwischen Umweltschutz- und Wirtschaftspolitik behandelt. Ein Thema, das zweifellos noch lange auf den «linken» Traktandenlisten zu finden sein wird. Unter den Autoren finden sich Günther Nenning, Erhard Eppler, Herbert Moritz, Alfred Stingl u.a.m. Nach dem Einzug der Grünen in den deutschen Bundestag und den Verlusten der SPD bei der Bundestagswahl vom vergangenen Monat ist das hier angeschnittene Thema von besonderer Bedeutung. Innerhalb der österreichischen SP hat der Beitrag Pelinkas geharnischte Reaktionen zur Folge gehabt. (Die Red.)

Szene Nummer eins: Graz, Mai 1981, Parteitag der SPÖ. Vor dem Messgelände stehen einige junge Leute mit Transparenten. Gegen die österreichische Rüstungsproduktion, gegen Panzerexporte in lateinamerikanische Diktaturen. Die Autos der Parteitagsdelegierten — meist grosse, schwarze Limousinen — fahren eilig daran vorbei. In einem davon der Autor dieses Beitrags, von einem führenden SPÖ-Politiker vom Hotel her mitgenommen. Gerade weil dieser Mann einer ist, der am ehesten, von seiner Vergangenheit und seiner heutigen inhaltlichen Position her, Verständnis für die Anliegen der Demonstranten hat, wird die tiefe Kluft fühlbar, die zwischen denen «draussen» und uns im Auto besteht. Eine Kluft, die weder vom etwas verkrampft nach aussen winkenden Politiker verkleinert wird, noch vom eilig sich dazustellenden Günther Nenning, der ja in genau dieser Rolle von der Hierarchie erwartet wird. Eine Kluft, die am Nachmittag noch grösser wird, als mit Mühe verhindert werden kann, dass sich SPÖ-Ordner auf «störende Elemente» stürzen, die bei einer Kundgebung am Hauptplatz Tafeln in die Höhe halten, auf denen Forderungen stehen, die direkt dem Parteiprogramm der SPÖ entstammen könnten. Eine Kluft, die zwar verkleinert, aber nicht beseitigt wird durch den Hauptredner Bruno Kreisky («Lasst's doch die Jungen!») und auch nicht durch einen brillanten Günther Nenning tags darauf mit seiner Parteitagsrede («In 35 Jahren Demokratie hat sich noch nicht herumgesprochen, dass diese Jugendlichen nichts weiter taten als ein Grundrecht auf Meinungsfreiheit auszuüben, das seit kaiserlichen Zeiten in unserer Verfassung steht»).

Szene Nummer zwei: Dienstag, 23. Juni 1981, Wien-Simmering. Vor dem Steyr-Werk prügeln Menschen aufeinander ein. Genauer gesagt: Arbeiter aus dem Werk versuchen derart handgreiflich Demonstranten — keineswegs nur junge — zu vertreiben, die das Ausfahren von 30 Kürassier-Panzern durch Blockade verhindern wollen. Panzer, die nach Argentinien geliefert werden sollen, wo eines der widerlichsten und blutbeflecktesten Militärregime der Welt nach wie vor Hunderte Oppositionelle zum «Verschwinden» bringt. Die Kluft ist hier noch klarer — nicht nur, weil es die Konflikte auch «handgreiflich» gibt. Grossteils sind die Steyr-Arbeiter SPÖ-Mitglieder oder zumindest -Wähler — ebenso ein Gutteil ihrer Widersacher. Und während schliesslich die 30 Panzer unter Bravorufen das Werk in Richtung Argentinien verlassen, während die Demonstranten ihre Wut und Trauer darüber ohnmächtig von sich schreien, wird wieder einmal klar: Die Kluft zwischen Sozialdemokratie und neuen sozialen Bewegungen, zwischen Funktionären und parteiunabhängiger Frauen-, Friedens- und

Ökologiebewegung beschränkt sich eben nicht nur auf einen Konflikt zwischen «Oben» und «Unten», zwischen Etablierten und Jungen. Er ist gleichzeitig auch inhaltlich ein tiefer Konflikt über Wesen und Ziele sozialdemokratischer Politik, der sowohl «unten» besteht als auch — abgeschwächt — «oben».

Es ist das ein Konflikt, der keineswegs nur auf die Sozialdemokratie beschränkt ist. Im Gegenteil: Bürgerliche Parteien kommen mit Formen und Inhalten der neuen sozialen Bewegungen natürlich noch viel schwieriger zu Rande. Das ÖVP-Aushängeschild bei der riesigen Friedensdemonstration am 15. Mai 1982 mit ihren 70 000 Teilnehmern, Othmar Karas, hatte als Redner am Wiener Rathausplatz mit seinen 69 999 Zuhörern kaum kleinere Schwierigkeiten als zuvor mit seiner Parteihierarchie. Noch weitaus grössere jedenfalls als die jungen Sozialisten, die letztlich erfolgreich trotz aller Belehrungen durch die eigene Parteispitze das Bündnis zwischen organisierter Jugend und den die Bewegung primär tragenden eigenständigen Friedensinitiativen zustande brachten. Und inhaltlich übertrifft die ÖVP und FPÖ mitfinanzierende Industriellenvereinigung bei ihren Kreuzzügen gegen «Grüne» und für Atomkraftwerke die Führung der Bauarbeitergewerkschaft noch allemal — allen traurigen Inseratstexten und Interviews zum Trotz, ebenso allen sich auf Anti-AKW-schminkenden Mocks und Busekts zufleiss.

Leidende Sozialdemokratie

Aber: Die Sozialdemokratie leidet naturgemäss unter der Konfrontation am meisten. Denn sie unterliegt im Unterschied zu bürgerlichen Kräften eben einem besonderen Legitimationszwang. Ihre Existenzberechtigung kommt aus der Bereitschaft zur grundlegenden Umgestaltung des Kapitalismus, sie «muss ihre Macht durch Veränderung legitimieren» (Peter Glotz).[1] Aus ihrer Glaubwürdigkeit und Unglaubwürdigkeit heraus — programmatisch, noch viel mehr praktisch — wird in erster Linie Stärke oder Schwäche der Frontstellung zwischen neuen sozialen Bewegungen und etablierten Parteien bestimmt. Die Partei ist naturgemäss deren erster und wichtigster Gesprächspartner, aber möglicherweise auch deren bevorzugter Gegner. Sie kann dementsprechend aber auch bevorzugter Partner werden — und sie muss es sein, will sie weiter gesellschaftspolitisch, aber auch wahlarithmetisch hegemoniale Kraft in Österreich bleiben.

Keineswegs nur für die BRD und die SPD hat eine von Bernd Rabe[2] angestellte Untersuchung über den «sozialdemokratischen Charakter» Gültigkeit. Auch hierzulande lassen sich in der SPÖ drei unter verschiedenen Umständen politisch gross gewordene Generationen feststellen. Die älteste mit ihrer vom Austromarxismus geprägten Lagermentalität, die mittlere der unmittelbaren Vorkriegs- und Kriegsgeburtsjahrgänge und die jüngste der nach 1945 Geborenen. Es ist kein Zufall, dass in vielen aktuellen Fragen die Generation der «Söhne» und der «Grossväter» gegen die der «Väter» steht, die grossteils als «Macher» an den Schalthebeln der Macht sitzt. Die mittlere Generation ist es nämlich, die — zu einem Gutteil im Faschismus erzogen und durch die ersten Jahre des Wiederaufbaues geprägt — am wenigsten Verständnis hat für all das, was sich hinter den Begriffen «Postmaterialismus», «Idealismus» oder «Ethik» verbirgt: Eine Unzufriedenheit mit pragmatischem Technokratentum, Skepsis gegenüber blauäugigem Wachstumsfetischismus, Ablehnung des von Eugène Ionesco am präzisesten beschriebenen, scheinbar wertfreien Idealzustand einer Gesellschaft und der in ihr betriebenen Politik: «Die Politik sollte im Grunde einfach die Güter verwalten, aufteilen und vertreiben. Ideal gesehen, sollten die Verwalter des Staates eine reine Ordnungsfunktion haben oder wie Computer arbeiten.»[3]

Diesem Wunsch entsprechen ihrem Selbstverständnis nach in vielen hochentwickelten Industriestaaten heute nicht nur die selbsternannten «parteifreien» Macher an den Schaltstellen der Wirtschafts- und Politikmacht. Auch viele, die ein sozialdemokratisches Parteibuch in der Tasche haben, auch die Mehrzahl der hochrangigen Partei- oder auch Gewerkschaftsführer vertreten im Kern ihrer Tätigkeit die Auffassung, eine blosse Verwaltungs- oder Steuerungstätigkeit eines im wesentlichen funktionierenden Gesellschaftsmodells erfüllen zu müssen. Natürlich gibt es auch in den Parteispitzen eine grosse Bandbreite zwischen Symbolfiguren wie Bruno Kreisky, die in Weiterentwicklung ihrer vom Austromarxismus geprägten Politiktradition heute in Form eines «Austrokeynesianismus» gezielte Gegensteuerung zu den Auswüchsen der «sozialen Marktwirtschaft» betreiben wollen, und der neuen Leitfigur des österreichischen Bankenwesens, die die sozialdemokratische Aufsteigergeneration in ihrer völlig ungebrochenen Anpassung an kapitalistische Wertmuster wie kein anderer verkörpert. Gemeinsam ist ihnen — abgestuft — aber eines: weitgehendes Unverständnis gegenüber dem in Österreich noch kleinen, aber quantitativ wachsenden und vor allem qualitativ

bedeutenden Teil der jungen Generation, der sich im weitesten Sinn als «alternativ» zu bestimmten Formen und Inhalten etablierter Politik versteht.

Infragestellung der «Macher»

Dieser Teil stellt mit seiner breiten Szene von «alternativen» Kultur- und Kommunikationspunkten, von — in der BRD bereits zu einem florierenden Wirtschaftszweig entwickelten — Ansätzen autarker Wirtschaftsbetriebe, mit seinen einen fundamentalen Kulturbruch darstellenden Versuchen neuer Lebensformen das soziale Netzwerk dar, aus dem sich in klarer politisch artikulierenden Form die neuen sozialen Bewegungen herausformen: Die Frauenbewegung etwa, die Ökologiebewegung, die Friedensbewegung; aber auch vielfältige Mieterinitiativen, andere kommunalpolitische «single-issue-movements», der offensive Zusammenschluss von Homosexuellen, Behinderten oder anderen vielfach noch immer diskriminierten Bevölkerungsgruppen. Sie alle vereint in ihrer Verschiedenheit und Buntscheckigkeit eines: die Infragestellung der von allen wesentlichen politischen Kräften jahrzehntelang betriebenen Trennung von «Politik» und «Privatem» gemäss dem Grundsatz: «Alles Politische ist privat, alles Private politisch». Und die damit verbundene Infragestellung nach der etablierten Form des «Politik-Machers», der Repräsentanz der Vertreter einer solchen Politik.

Was wiederum so neu gar nicht ist. Eine solche Infragestellung ist ja gerade in Österreich gut aufgehoben. War doch die austromarxistische Sozialdemokratie der Ersten Republik auch eine Alternativbewegung im Sinne einer Lebensform- und Kulturinitiative. Um so schmerzlicher für uns, dass dieser Ansatz nach 1945 weitgehend verlorenging, dass die SPÖ heute von vielen Vertretern neuer sozialer Bewegungen als eine Partei von mehreren etablierten Parteien gesehen wird, mehr noch: in vielen Bereichen als verlängerter Arm der Staatsinstitution, als massgeblichster Vertreter, nicht massgeblichster Reformator dieser Gesellschaft, die — und das ist allzu oberflächlichen Kritikern nicht oft genug zu sagen, soll ihre Kritik nicht in seminaristischen Meckereien verpuffen — diese Entwicklung nicht durch bösen Willen einiger führender «Verräter» durchgemacht hat, sondern im Rahmen eines weitgehenden Integrations- und Aufstiegsprozesses breiter Arbeitnehmerschichten im Rahmen des Kapitalismus. Diesem Prozess — und das ist der entscheidende Punkt — wurde aber kein entsprechendes geistiges und moralisches Rüstzeug beigestellt.

Nicht neu freilich ist das radikale Infragestellen der Trennung zwischen «Politik» und «Privatheit», auch das des ausreichenden Demokratiegehalts ausschliesslich parlamentarischer Formen, auch für die Zeit nach 1945 nicht. Die rund um das Jahr 1968 angesiedelte Studentenrevolte in mehreren europäischen und amerikanischen Ländern war ein erster entscheidender Durchbruch in diese Richtung. Sie richtete sich nicht nur gegen besonders augenscheinliche Ungerechtigkeiten des angeblich stabiler werdenden internationalen Gefüges, sondern auch — und meist sogar in erster Linie — gegen erstarrte und überkommene soziale Erscheinungen im eigenen Land. So sehr Teile von ihr nach der «proletarischen Wende» im Kleinkrieg selbsternannter Führer der Volksmassen zu poststalinistischen Sekten, zu individueller Resignation und Karriere oder zu terroristischen Gruppen pervertierten, so sehr hat sie doch die gesellschaftliche Entwicklung in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften beeinflusst. Nicht nur durch heute praktisch nicht in Frage gestellte Änderungen des kulturellen und geistigen Alltagslebens, sondern auch durch die seit einigen Jahrn wirkenden neuen sozialen Bewegungen.

Rückbesinnung auf Subjektivität

Keine Frauenbewegung, keine Ökologiebewegung, keine Bürgerinitiative wäre in dieser Form denkbar ohne die damals erstmalig massiv erfolgte Rückbesinnung auf die Subjektivität politischer Inhalte und Aktionsformen. Die neuen sozialen Bewegungen stellen heute die Synthese zwischen der These der 68er-Bewegung und der Antithese ihrer späteren Deformation dar. Aber auch eine Antwort auf unzureichende Konzeptionen der traditionellen — beileibe nicht nur sozialdemokratischen — Arbeiterbewegung: «Die Entstehung und Entwicklung der verschiedenen sozialen Bewegungen — darunter der Frauenbewegung — hat praktisch die Grenzen, Inhalte und Praxen jener Politik in Frage gestellt, wie sie in den Traditionen der leninistischen, stalinistischen oder sozialdemokratischen Arbeiterbewegung entwickelt worden waren. Antiautoritär, auf Grundlage einer 'Politisierung des Gesellschaftlichen und des Privaten', entstanden und hervorgegangen aus Prozessen im Schulbereich, der Stadtentwicklung und der Lohnentwicklung der 'Massengesellschaft', haben sich die verschiedenen sozialen Bewegungen den transversalen Formen von Unterdrückung (Geschlecht, Staat, regionale Identität) angenommen, im Unterschied zu den Formen ökonomischer Ausbeutung in und um

die Produktion, den 'vertikalen Formen'».[4]
Anders ausgedrückt: Klassische Vorstellungen der Arbeiterbewegung haben sich als ungenügend erwiesen. Nicht als falsch, nur in verkürzter Form als unzureichend. Reformistische Konzeptionen führten oft genug in ein integriertes Verwalten des Kapitalismus, revolutionär-leninistische in ein stalinistisches Desaster. So sehr sie sich sonst unterscheiden, die «Macher» sozialdemokratischer oder traditionell-kommunistischer Provenienz, in bestimmten Vorstellungen ähneln sie einander. Wenn Lenin den Kommunismus als «Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes» definierte, könnte man sich gut Heinz Kienzl vorstellen: «Sozialismus, das ist SPÖ-Mehrheit plus Zwentendorf.» Zwei Dinge sind es da, die im Kern weite Teile der traditionellen Arbeiterbewegung so wenig sensibel für neue Fragestellungen machen: Die völlige Identifizierung von Staat und Gesellschaft sowie ein verkürztes Verständnis der Dialektik zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen.
Auch die marxistisch orientierte Arbeiterbewegung ist nicht frei von diesen Verkürzungen. Die Fixierung auf die blosse Übernahme der «Kommandozentralen» von Staat und Wirtschaft via Wahlerfolg und Verstaatlichung behindert oft die Sicht auf die vielfachen anderen Herrschafts- und Machtbeziehungen, die nicht immer unmittelbar auf die klassischen Klassengegensätze reduzierbar sind und die daher neue, differenzierter zu betrachtende Widerstandsformen produzieren. Etwa: die neuen sozialen Bewegungen: «Der Irrtum von Ökonomismus und Klassenreduktionismus besteht darin, alle gesellschaftlichen Beziehungen mit den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen gleichzusetzen oder die anderen Formen gesellschaftlicher Beziehungen nur als notwendige ideologische und politische Existenz- und Reproduktionsbedingungen der Produktionsverhältnisse aufzufassen.»[5]

«Haupt-» und «Nebenwidersprüche»

Wer die sogenannten «Überbaufragen» undialektisch als blosse Widerspiegelung des ökonomischen «Unterbaus» versteht, wer nicht die Rückwirkung ideologischer und kultureller Sozialisationsformen auf das Bewusstsein der Menschen und damit auch ihre soziale Situation sieht, der wird — je nach politischer und nationaler Situation — beim Kienzl- oder Breschnew-«Sozialismus» stehen bleiben. Wer nicht schon in der Phase vor der — notwendigen — Lösung der ökonomischen «Hauptwidersprüche» gleichzeitig die angeblichen «Nebenwidersprüche» ins Auge fasst, die immer wichtiger werden — Fragen der Medienlandschaft, der Familien- und Sexualpolitik, der Frauenrolle, der Wohnformen, der sich nicht nur an Fliessbändern, sondern auch in seelenlosen Supermärkten und Wohnsilos ausdrückenden zunehmenden Entfremdung, die psychischen und psychosomatischen Leiden, die nötigen direkten Ergänzungsformen zur parlamentarischen Demokratie —, der wird freilich einigermassen verständnislos den neuen politischen und sozialen Bewegungen gegenüberstehen. Oder er wird nach Wahlsiegen oder erfolgten «Revolutionen von oben» — je nach politischem Lager verschieden — sich als reformistischer Arzt am Krankenbett des Kapitalismus beobachten oder als Mitträger einer von den arbeitenden Massen weitgehend entfremdeten bürokratischen Herrschaft im «realen Sozialismus».
Das kann nichts gegen nötige staatliche Eingriffe in die Eigentums- und Machtstrukturen der Produktionsmittel aussagen. Nur: Die blosse «Befreiung der Produktivkräfte von den Fesseln der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse» (Stalin) als Hauptbestimmungspunkt für den Sozialismus ist zuwenig. Die blosse Beendigung der Herrschaft über Dinge — so nötig sie ist — führt noch nicht automatisch zum Ende der Herrschaft über Menschen. Sie schafft nur die Vorbedingungen für die Existenz des «neuen Menschen», der in Solidarität und Freiheit seine Bedürfnisse artikuliert und organisiert, garantiert sie aber keineswegs. Im Gegenteil: Die macchiavellistisch-stalinistisch-sozialdemokratisch-bürokratische Form der Politik kann durch die realen Erfahrungen den Menschen die völlige Apathie lehren, mehr noch: die Ablehnung jeder Form des «Sozialismus». Das blosse Hantieren mit Produktionsziffern und anderen statistischen Daten, das blosse Starren auf quantitatives Wachstum und scheinbar wertfreien technischen «Fortschritt» wird aber immanent immer sinnloser: durch das vorhersehbare Ende natürlicher Ressourcen, durch die im Kapitalismus (zwecks Reproduktion eingesetzten Kapitals) vorherrschende Tendenz, die Produktion von Waren zu steigern, auch wenn deren Entwicklung längst widersinnig und umweltbedrohend geworden ist. Eine Tendenz, der sich der «reale Sozialismus» keineswegs entziehen konnte und/oder wollte.
Die Reduzierung politischer Forderungen und Formen auf traditionelle, staatliche Politikfelder, auf Wahlkämpfe, Parteitage, Resolutionen und Intrigen — gemeinsam mit der Reduzierung der Inhalte auf

den Vergleich wirtschaftsstatistischer Daten — war und ist der Nährboden, auf dem die neuen sozialen Bewegungen blühen. Sie sind es, die die vernachlässigte Subjektivität der Menschen signalisieren, ihre Spontaneität, Emotionalität, ihr Betroffensein. Wobei die mangelnde Ausdehnung oder Durchschlagskraft der Frauen- oder Ökologiebewegung überhaupt kein Argument gegen diese These ist, wie etwa viele — auch und leider gerade sozialdemokratische Kritiker in Österreich — unter Hinweis auf den hauptsächlich mittelständischen Klassencharakter der Umweltschutzbewegung meinen: «Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes hindert die Mehrheit daran, sich über die Zerstörung der Natur Gedanken zu machen. Mir scheint diese kritisch gemeinte Feststellung in ihrer Wertung immer ausserordentlich zynisch. Es ist gewiss wahr, dass Umweltbewusstsein erst in dem Augenblick möglich wird, wo die Sorge um einen Arbeitsplatz behoben ist. Die Annahme, Industriearbeiter müssten für immer in dieser resignativen Haltung, was ihre Umwelt anbelangt, verharren, ist absurd. Zumal unter jüngeren Arbeitern hat längst die Forderung nach einer erträglichen Umwelt (sowie nach sinnvolleren und gesünderen Arbeitsplätzen) sich zu regen begonnen. Es kann nicht die Aufgabe des demokratischen Sozialismus sein, solche Entwicklungen zu bremsen, er muss sie fördern, sich an ihre Spitze setzen.»[6]

Gegenseitiges Lernen

An die Spitze stellen meint freilich nur in geistiger Hinsicht. Der Auseinanderentwicklung zwischen weiten Teilen der neuen sozialen Bewegungen und der Sozialdemokratie kann nicht mit oberflächlichen Vereinnahmungsrezepten begegnet werden. Weder in wahltaktischer noch in organisatorischer Hinsicht. Ausserdem sind Parteien, zumindest nach ihrer jetzigen Struktur, hoffnungslos überfordert, würde man das «An-die-Spitze-Stellen» wörtlich auffassen. Die Präsenz der Parteien und der Sozialpartner in Österreich in allen Bereichen ist ohnehin zu gross und wirkt auf viele eher abstossend als anziehend — selbst wenn sie gut gemeint wäre. Was in der Sozialdemokratie vor allem not tut, ist eine gründliche Diskussion und Neuorientierung der bisherigen Politik und Politikformen, die von neuen sozialen Bewegungen befruchtet werden kann. Nicht im Sinne des Vereinnahmens, auch nicht im Sinne des Nachtrottens, sonden als Lehrbeispiel dafür, welche Inhalte und Formen von der traditionellen Arbeiterbewegung bisher vernachlässigt wurden. Wobei nicht das geschehen darf, was teilweise bei der Alternativbewegung und vielen — hauptsächlich bürgerlichen — «Grünen» passiert: dass über neu artikulierte wichtige Probleme zentrale Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik vergessen werden. Ebenso darf nicht die Verzahnung und Dialektik zwischen «vertikaler» und «horizontaler» Machtstruktur vergessen werden, wie dies etatistisch-bürokratische Konzeptionen im sozialdemokratischen und kommunistischen Lager lange getan haben. Das bedeutet in der politischen Sprache die Entstehung eines Bündnisses zwischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften einerseits und neuen sozialen Bewegungen andererseits, wie dies etwa Willy Brandt in einer Analyse der sich auftuenden «neuen Mehrheit links von CDU und FDP» nach den Hessen-Wahlen festgestellt hat. In Farben ausgedrückt: Ein Bündnis zwischen Rot und Grün, die «Formierung eines komplexen sozialen Blocks um die Hegemonie der Arbeiterklasse und der Perspektive des Sozialismus».[7] Die nach gesellschaftlicher Umwälzung drängenden Kräfte brauchen einander, egal, ob sie von ihrem Arbeitsschwerpunkt her gegen Macht- und Ausbeutungsstrukturen im «Unterbau» oder «Überbau» kämpfen. Die von Frauen-, Ökologie-, Friedens- oder «Bürger»-Initiativen artikulierten Fragen müssen in Zusammenhang mit der Art und Organisation der wirtschaftlichen Produktion begriffen und vermittelt werden — und als Vermittlungsagentur ist die Sozialdemokratie in Österreich absolut unverzichtbar, nicht als selbsternannte «grösste Bürgerinitative» oder «grösste Frauenbewegung».

Für eine inhaltliche Mehrheit

An ihr — und vor allem an den «Rot-Grünen» in der Partei und in den Gewerkschaften — wird es liegen, in der Gesellschaft vorhandene Probleme verstärkt aufzugreifen und zu beeinflussen, für oder gegen die in gemeinsamer Sicht ein Netz aus «alternativen» und «etablierten» Gruppen kämpfen kann. Fragen einer gerechteren Einkommensverteilung, einer humaneren und demokratischeren Gestaltung des Arbeitsprozessses, Fragen einer sinnvolleren Freizeitgestaltung und der Formen des humaneren Miteinander-Leben-Könnens, alle Fragen der Umwelt- oder Wohnpolitik, der tatsächlichen politischen und ökonomischen Machtstrukturen, der «ausserökonomischen» menschlichen Beziehungen, Fragen des Verhältnisses zur Dritten Welt und zur Friedenssicherung dürfen in Zukunft keine trennenden Elemente zwischen SPÖ und neuen sozialen Bewegungen sein, sondern verbindende, damit sich

diesem Bündnis noch viele, heute noch abseits stehende Menschen aus dem katholischen, unorganisierten oder «autonomen» Lager anschliessen können. So wird die Hegemonie der Sozialdemokratie in Österreich keine wahlarithmetische bleiben, sondern eine inhaltliche werden.

Literatur

[1] Peter Glotz: Die Beweglichkeit des Tankers. Die Sozialdemokratie zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen. München 1982, S. 50.

[2] Bernd Rabe: Der sozialdemokratische Charakter. Frankfurt 1978.

[3] Eugène Ionesco: Für Kultur, gegen Politik. Von der Notwendigkeit, den Materialismus zu überwinden. «Süddeutsche Zeitung», 11/12.8.1979.

[4] Christine Buci-Glucksmann: Formen der Politik. Argument-Sonderband 78, Neue Soziale Bewegung und Marxismus, Berlin 1982, S. 46.

[5] Chantal Mouffe: Arbeiterklasse, Hegemonie, Sozialismus. AS 78. Berlin 1982, S. 31.

[6] Iring Fetscher: Vom Wohlfahrtsstaat zur neuen Lebensqualität. Die Herausforderungen des demokratischen Sozialismus. Köln 1982, S. 11.

[7] Pietro Ingrao: Probleme der Zusammenarbeit in der westeuropäischen Linken. In: Albers/Cap/Ingrao/Montchane (Hg.): Perspektive der Eurolinken. Frankfurt 1981, S. 38.

Die Naturfreunde, ihr Wirken, ihre politische Stellung

Wo bleibt das Bündnis mit der SPS?

Von Emil Schaffer, Zentralpräsident der Naturfreunde

Im neuen Programm der SPS ist zu lesen, dass mit den Arbeiter-Kultur- und -Sportorganisationen ein enges Verhältnis gepflegt wird und dass man sich in den Behörden für ihre Anliegen und Bedürfnisse einsetzen will. Dafür wird von ihnen erwartet, dass sie ihre traditionelle Rolle als «Vorfeldorganisationen» der Arbeiterbewegung wahrnehmen. Die SPS will sich aber nach ihrem Programm auch neuen Organisationen öffnen und mit ihnen in Einzelfragen punktuell Bündnisse eingehen. Unter sie fallen unter anderem auch Umweltschutzgruppierungen.

In Nr. 12/1981 der «Roten Revue/Profil» nahm SPS-Zentralsekretär Rudolf H. Strahm bereits zum gleichen Thema Stellung. Er führte dabei wörtlich aus: «Ebenso die sogenannten Vorfeldorganisationen der Partei, die Arbeiter-Kultur- und -Sportorganisationen, sind heute nicht mehr parteinah und zum Teil überaltert. Einige haben den Anschluss verpasst. Neben dem Arbeiter-Touringbund ist der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) entstanden. Neben den Naturfreunden, die sich immer als grün verstanden haben, die grüne Bewegung.» Rudolf H. Strahm postuliert eine organisatorische Öffnung der Partei. Einen Weg dazu sieht er in der Ermöglichung offener sozialdemokratischer Arbeitsgemeinschaften, in denen themenzentriert die Zusammenarbeit von SP-Mitgliedern und aussenstehenden politisch interessierten Bürgern(innen) durchführbar ist.

Ich nehme hier als Zentralpräsident der Naturfreunde zum Themenkreis Stellung. Haben sich die Naturfreunde von der Partei entfernt oder hat sich die Partei von den Naturfreunden entfernt? Haben die Naturfreunde im Bereich Natur-, Heimat- und Umweltschutz den Anschluss verpasst? Das sind zwei Fragen, denen wir nachgehen wollen.

Als sich im Jahre 1905 vier Naturfreundesektionen zu einem schweizerischen Verband zusammenschlossen, spielten soziale, staatspolitische und wirtschaftliche Belange eine wesentliche Rolle. Die Arbeiterschaft lebte in kümmerlichen Verhältnissen, und von Freizeit und Ferien war kaum die Rede. Durch initiative, zukunftsgerichtete Leute wurde aber bereits im Hinblick auf eine erwartete, sich langsam entwickelnde soziale Besserstellung der Arbeiterschaft dahin gewirkt, sinnvolle Freizeitmöglichkeiten zu schaffen. Im Vordergrund standen *vorerst gemeinsame Wanderungen*. Nach und nach wurde die Tätigkeit ausgedehnt. Es kamen Bergsteigen, Klettern, Skifahren, Orientierungslauf, Zelten und Wasserwandern sowie auch kreative Tätigkeiten, wie gekonntes Fotografieren und Filmen dazu. Als schliesslich ein ausgedehnteres arbeitsfreies Wochenende und Ferien erkämpft waren, wurden die ersten Grundsteine zum *Häuserwesen* gelegt. Der Arbeiterschaft war es ja nicht möglich, sich in Hotels und Pensionen aufzuhalten. Vorerst wurden Ställe erworben oder gemietet und notdürftig ausgebaut.

Im Verlaufe der Zeit entstanden eigene Naturfreundehäuser, viele von ihnen in langer Fronarbeit erbaut. Später verschwanden in ihnen die Stroh- und Spreusäcke. An ihre Stelle traten Matratzen und verschiedenenorts sogar Betten. Die sanitären Einrichtungen wurden verbessert, und heute besitzen die Naturfreunde der Schweiz *100 Naturfreundehäuser*. Diese stehen für zahlreiche Sektionen und Hausgemeinschaften im Vordergrund ihrer Tätigkeit.